

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Anhörungen der drei neuen Kommissionskandidaten](#) 2
- [Kommissarin Jourová hält Rede zum 10-jährigen Bestehen der EU-Grundrechtecharta](#) 3
- [Ursula von der Leyen: „Europa ist attraktiver als wir selbst oft glauben“](#) 4
- [DiscoverEU: 20.000 Fahrkarten für 18-Jährige zur Erkundung Europas](#) 5

Europäisches Parlament

- [Brexit: Rechte der Bürger bleiben Priorität der Abgeordneten](#) 6

Europäischer Rat

- [Ergebnisse des Rates für Wirtschaft und Finanzen](#) 7
- [Ergebnisse des Rates für auswärtige Angelegenheiten](#) 8

Sonstiges

- [Besuch des MCI Innsbruck im Tirolbüro](#) 9

Laufende Konsultationen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum 11

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Anhörung der drei neuen Kommissionskandidaten

Am 14. November wurden die drei neuen Kommissionkandidaten Ungarns, Frankreichs und Rumäniens von den jeweiligen Ausschüssen des Europäischen Parlaments befragt. Im Folgenden finden Sie die wichtigsten Statements der drei Kandidaten

Thierry Breton – Frankreich - Binnenmarkt

In seiner Einführungsrede sprach Herr Breton über die digitalen, ökologischen und sozialen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, und wie er sie während seines Mandats angehen will. Der digitale Wandel und der Klimawandel werden im Einklang mit den Prioritäten der gewählten Präsidentin Ursula von der Leyen ganz oben auf seiner Tagesordnung stehen. Breton sagte, dass 5G, Blockchain, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Cloud- und Quantentechnologien es der EU ermöglichen würden, ein "Schlüsselakteur der Industrie" zu sein. Er verteidigte die "ehrgeizige Industriepolitik", die immer noch sozial verantwortlich sein sollte, um "niemanden zurückzulassen".

Adina-Ioana Vălean – Rumänien – Transport und Tourismus

Das Recht, sich frei zu bewegen, wird von den EU-Bürgern sehr geschätzt, und der Verkehr macht dies möglich, sagte Frau Vălean in ihrer Einführungsrede. Zum europäischen Green Deal erklärte Vălean, dass er ohne Verkehr im Kern nicht abgeschlossen werden könne, die Ökologisierung der Mobilität jedoch den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen müsse. Zwar seien zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die CO₂-Neutralitätsziele zu erreichen, doch dies müsse wirtschaftlich machbar sein, um von der Bevölkerung akzeptiert zu werden, fügte sie hinzu. Die Digitalisierung und Automatisierung bringt große

Veränderungen für den Sektor mit sich, die jedoch nicht auf Kosten des Menschen gehen können. Daher ist ein stärkerer Fokus auf Schulung und Umschulung erforderlich.

Olivér Várhelyi – Ungarn – Nachbarschaft und Erweiterung

In seiner Einführungsrede erläuterte der designierte Kommissar, was er für die nächsten fünf Jahre als wichtigste Ergebnisse für die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU ansieht. „Wir müssen Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien aufnehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen effektiveren Beitrittsprozess und Vorbereitungen, die darauf abzielen, den Menschen in ihrem täglichen Leben schneller greifbare Ergebnisse zu liefern.“

Várhelyi sagte auch, dass es für die EU von entscheidender Bedeutung sei, sicherzustellen, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft Strukturreformen durchführen, während sie weiterhin an der territorialen Souveränität der Ukraine festhalten. Er kündigte an, dass die Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft erneuert wird, wobei der Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung liegt und das derzeitige Nachbarschafts-, Entwicklungs- und internationale Kooperationsinstrument (NDICI) und das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) umfassend genutzt werden sollen, wobei der Fokus auf Investitionen liegen soll.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Kommissarin Jourová hält Rede zum 10-jährigen Bestehen der EU-Grundrechtecharta

Heuer jährt sich das 10-jährige Inkrafttreten der EU-Grundrechtecharta. Diesen Anlass nutzte die EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Vera Jourová, um eine Rede zu halten. Darin rief sie dazu auf, die Grundrechtecharta ‚für alle eine Realität zu machen‘.

Die Charta sei ein riesiger Erfolg. Mit jener habe man sich auf gemeinsame Werte und Grundrechte geeignet, die als Kompass für alle Taten fungieren. Sie sei Zeichen einer gemeinsamen europäischen Identität und des Wissens, dass alle gemeinsame Werte respektieren. Außerdem repräsentiert es einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der EU von einer wirtschaftlichen Union zu einer Union, die ihre Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Über die letzten 10 Jahre habe die Charta zu mehr kohärenter und umfassender Interpretation der Grundrechte in der EU geführt. Dies habe auch zur Erstellung von neuen Rechten beigetragen, zum Beispiel das Recht zur Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Dies bedeutet aber auch, dass die Grundrechte in jeder Initiative zu schützen sind.

Die ansteigende Unsicherheit vieler Europäer bezüglich Sicherheit, Arbeitsplätze, Migration, Klimawandel und technischen Fortschritts stellen einen Nährboden für politische Extremisten dar, die eine falsche Wahl zwischen Sicherheit und Rechten zu propagieren.

Jourová wollte jedenfalls zum Ausdruck bringen, dass es keine Sicherheit und Freiheit geben wird, wenn man seine Rechte aufgibt. Man müsse diesen Trugschluss bekämpfen und besser darin werden, den Leuten zu zeigen, dass die Werte der Sicherheit und des Wohlstands tief in der Charta verankert sind. Dies sei auch der Grund, warum es essentiell sei, die Vorzüge der Charta für alle erkenntlich zu machen. Man müsse zeigen, dass die Rechte, Prinzipien und Werte in der Charta keine leeren Versprechen sind, sondern sie zu einer Realität für alle machen.

Die gesamte Rede der Kommissarin finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Ursula von der Leyen: „Europa ist attraktiver als wir selbst oft glauben“

In einer Grundsatzrede zum 30. Jahrestag des Mauerfalls hat Ursula von der Leyen am Abend des 08. November 2019 am Brandenburger Tor in Berlin ihre Vision für das Europa von morgen beschrieben.

Laut von der Leyen wäre ein wiedervereinigtes Deutschland damals ohne den europäischen Rahmen für viele Nachbarn nicht denkbar: „Die Stärke der gemeinsamen Idee hat uns damals getragen. Das dürfen wir auch mit Blick auf die Zukunft nicht vergessen“, sagte die gewählte EU-Kommissionspräsidentin.

In einer Welt, in der das relative Gewicht Europas abnimmt, wären viele EU-Mitglieder alleine zu schwach, um mit den USA wirkungsvoll über Zölle zu verhandeln. „Zusammen aber sind wir 500 Millionen und machen rund 23 % Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus. Gemeinsam sind wir die größte Handelsmacht der Welt. Gemeinsam können wir Handelsabkommen aushandeln, die nicht nur unserer Wirtschaft nützen, sondern mit denen wir auch unsere Werte durchsetzen“, sagte von der Leyen.

Einen großen Teil ihrer Rede widmete sie der Klimapolitik. „Genauso wie wir nun auf das Jahr 1989

blicken, wird die nächste Generation uns in 30 Jahren daran messen, ob wir heute Gestaltungsmut für Morgen beweisen. Der Auftrag der jungen Menschen, die heute auf den Straßen demonstrieren, ist ganz unmissverständlich: Es ist unsere Verantwortung, den Klimawandel zu bekämpfen und ihnen einen lebenswerten Planeten zu übergeben“, sagte von der Leyen. „Wir können und müssen es schaffen, dass Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent ist. Europa kann Trendsetter werden. Wenn wir der Kraft der gemeinsamen Idee vertrauen und entschlossen handeln.“

Abschließend sagte von der Leyen: „Vor 30 Jahren hatten die Menschen den Mut, die Unfreiheit zu überwinden und Zukunft zu wagen. Genauso brauchen wir jetzt Mut für Europa: Mut für ein Europa der Freiheit. Mut für ein Europa, das sich zu seinen Werten bekennt. Mut für ein Europa, das seine Zukunft beherzt in die Hand nimmt.“

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

DiscoverEU: 20.000 Fahrkarten für 18-Jährige zur Erkundung Europas

Am Donnerstag, den 07. November startete die Europäische Kommission eine neue Anmeldeperiode für DiscoverEU-Fahrkarten, welche den Inhabern erlauben, zwischen Europa zu reisen und neue Kulturen kennenzulernen während sie ihr eigenes Wissen und ihre Fähigkeiten erweitern.

Alle 18-Jährigen haben bis 28. November Zeit, sich für eine DiscoverEU-Fahrkarte für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. Oktober 2020 zu bewerben. Bisher hat die Kommission in den drei vorangegangenen Anmeldeperioden rund 50.000 Fahrkarten vergeben. Die neue Runde soll 20.000 weitere Karten in Umlauf bringen.

Interessierte Teilnehmer des DiscoverEU-Programms können auch an einer Vielzahl von organisierten Treffen und Events während ihrer Reisen teilnehmen. Jedes Jahr werden die Aktivitäten rund um DiscoverEU um ein bestimmtes Thema, welches in Verbindung mit einer der Hauptaufgaben der Union steht, organisiert. Das Motto für 2019 ist "Über Europa lernen". 2020 wird ganz im Namen des "Nachhaltigen, grünen Europa" stehen.

Bewerber müssen sowohl EU-Bürger sein, sowie am 31. Dezember 2019 18 Jahre alt. Außerdem müssen sie dazu gewillt sein, im Zeitraum von 1. April bis 31. Dezember maximal 30 Tage durch Europa zu reisen. Es steht ihnen dabei frei, allein oder in Gruppen von bis zu 5 Mitgliedern zu reisen. Haupttransportmittel wird dabei der Zug sein, nur in Ausnahmen auch Flüge oder Fähren.

Nach der aktuellen Anmeldeperiode soll die Nächste bereits im Frühjahr 2020 folgen.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäisches Parlament

Brexit: Rechte der Bürger bleiben Priorität der Abgeordneten

Brexit-Lenkungsgruppe traf sich am 12. November mit mehreren Komitees des Europäischen Parlaments um die Erklärungen über die Bürgerrechte des Austrittsdeals zu diskutieren.

Der Schwerpunkt dieses Treffens mit den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), Recht (JURI), Petitionen (PETI) und Konstitutionelle Fragen (AFCO) lag auf der Umsetzung der in Teil II des Austrittsabkommens enthaltenen Bestimmungen zu Bürgerrechten in Großbritannien und der EU-27.

Im Bezug auf das Vereinigte Königreich wurden während des Treffens die folgenden sechs Aspekte des britischen EU-Abrechnungssystems hervorgehoben:

Zuordnung von vorab-abgewickelterm und abgewickelterm Status

Die Unabhängigkeit der Überwachungsbehörde

Mögliche Konsequenzen für EU-Bürger, die sich vor Ablauf der Antragsfrist nicht an das EU-Vergleichssystem wenden

Fehlen eines physischen Dokuments

Maßnahmen zur Bewältigung der Situation schutzbedürftiger Bürger

Die Anwendbarkeit von Statusansprüchen auf alle EU-Bürger, die nicht auch die britische Staatsangehörigkeit beantragt haben.

Die Brexit-Lenkungsgruppe wird diese Fragen weiterhin mit der neuen britischen Regierung erörtern und ihre Arbeit in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft fortsetzen, die in Großbritannien lebende EU-Bürger vertreten.

In Bezug auf die EU-27 wurde auch vereinbart, dass in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die britische Bürger in der EU-27 vertreten, die Anwendung des Rücknahmeabkommens in den 27 Mitgliedstaaten geprüft werden sollte.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Ergebnisse des Rates für Wirtschaft und Finanzen vom 8. November 2019

Am 8. November tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse der Tagung sind im Folgenden zusammengefasst.

Klimafinanzierung

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung im Vorfeld der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP25) an, die vom 2. bis 13. Dezember 2019 in Madrid stattfinden wird, an. Dies soll ein Zeichen sein, dass die EU bereit ist, sich den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen. Seit 2013 hat die EU die finanziellen Beiträge, die den Entwicklungsländern dabei helfen sollen, ihre Treibhausgasemissionen zu senken, verdoppelt.

Digitale Besteuerung

Die Minister haben während des finnischen Ratsvorsitzes Bilanz über den Stand der Arbeiten bei den laufenden Diskussionen der OECD über die steuerlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Wirtschaft gezogen und in den kommenden Monaten ihre Ansichten zum weiteren Vorgehen in diesem Bereich ausgetauscht.

Die Diskussionen haben gezeigt, dass der vom Ratsvorsitz vorgeschlagene Weg in die Zukunft befürwortet wird. Auf dieser Grundlage wird die Arbeit in den Vorbereitungsgremien des Rates fortgesetzt. Die Minister betonten auch die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die verschiedenen Lösungen auf internationaler Ebene mit dem EU-Recht vereinbar sind und dass ihre Auswirkungen gründlich analysiert werden.

Gemeinsame Diskussion mit den Bildungsministern über allgemeine und berufliche Bildung

Auf der Grundlage eines Diskussionspapiers des Vorsitzes führten die Minister für Finanzen und Bildung eine öffentliche Debatte zu folgendem Thema: „Eine starke wirtschaftliche Basis für Europa: Streben nach Wirksamkeit, Effizienz und Qualität in der allgemeinen und beruflichen Bildung“.

Investitionen in eine qualitativ hochwertige und integrative allgemeine und berufliche Bildung sind ein strategisches Thema von großer Bedeutung für die Zukunft Europas. Globalisierung, technologischer Fortschritt und der demografische Wandel haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte und die Gesellschaft. Stärkung sowohl grundlegender als auch spezialisierterer Fähigkeiten und Kompetenzen und Anhebung des Bildungsniveaus ist von wesentlicher Bedeutung. Alternde Gesellschaften in der EU machen es eben wichtiger, dass der Großteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausgebildet und beschäftigt ist.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Ergebnisse des Rates für auswärtige Angelegenheiten vom 11. November 2019

Am Montag, den 11. November fand der Rat der Außenminister sich zusammen, um über aktuelle Weltgeschehnisse und das weitere Vorgehen der EU zu diskutieren. Im Folgenden finden Sie auch hier die wichtigsten Diskussionspunkte.

Unter anderem erörterte der Rat dringende Fragen zum Thema Syrien und erinnerte dabei an seine Zusage von der letzten Tagung des Rates im Oktober, die Waffenexporte in die Türkei zu stoppen. Außerdem wurde auch die Verabschiedung des Sanktionsrahmens als Reaktion auf die illegalen Bohraktivitäten der Türkei im östlichen Mittelmeerraum zur Kenntnis genommen.

Die Minister verwiesen auch auf die Lage in Bolivien und forderten alle auf, ein Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln, um einen Weg zu glaubwürdigen Wahlen zu finden und weitere Gewalt zu vermeiden. Der Rat verlängerte die Sanktionen über Venezuela um ein Jahr aufgrund der andauernden, die Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip unterlaufenden Vorgänge in Venezuela.

Weiters wurde mit der Hohen Repräsentantin die Situation im Libanon besprochen. Man erwartet sich, dass möglichst bald eine neue Regierung gebildet werde und unterstrich die Gewilltheit der EU, den Libanon weiter zu unterstützen.

Bezüglich dem JCPoA (Joint Comprehensive Plan of Action; Irans Atom-Deal) stellte der Rat fest, dass es immer schwerer werde, den JCPoA aufrecht zu erhalten. Er gab aber zu verstehen, dass man weiter hinter dem Plan stehe und den Iran weiter auffordert, sich dem Deal wieder voll zu unterwerfen, da es von großer Bedeutung für die regionale und europäische Sicherheit sei.

In ihrer Diskussion über Afghanistan stellten die Minister fest, dass nur direkte innerafghanische Gespräche eine langfristige Lösung herbeiführen können. während die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den USA und den Taliban in diesem Zusammenhang einen ersten Schritt zur Wiederaufnahme der innerafghanischen Verhandlungen darstellen könnte. Der Rat betonte auch die Notwendigkeit, die Gewalt erheblich zu verringern und ein Umfeld zu schaffen, in dem die Rechte und demokratischen Fortschritte des Landes, einschließlich der Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten, gewahrt werden können.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

Besuch des MCI Innsbruck im Tirolbüro

Am 13. November 2019 besuchte uns der Studiengang „Management, Communication and IT“ des Management Centers Innsbruck unter der Leitung von Prof. Emanuel Aichner in unserer Gemeinsamen Vertretung in Brüssel. Teil ihres Besuches war unter anderem eine spannende Diskussion über den Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Institutionen der Europäischen Union





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Agrarsubventionen – Übergangsbestimmungen](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020

[EU-Agrarpolitik – zulässiger Subventionsmix \(Direktzahlungen an Landwirte & Entwicklung des ländlichen Raums\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger